

Ressort: Technik

Umfrage: Mehrheit befürwortet Maßnahmen gegen Fake News

Berlin, 18.01.2017, 13:23 Uhr

GDN - Eine große Mehrheit der Bundesbürger ist dafür, härter gegen die Verbreitung gefälschter Nachrichten im Internet vorzugehen: Das geht aus einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov unter 2.014 Personen hervor, die zwischen dem 11. und dem 13. Januar im Auftrag des Verbands der Internetwirtschaft Eco durchgeführt wurde und dem "Handelsblatt" vorliegt. Als hilfreich bewerten demnach 88 Prozent der Befragten die Kennzeichnung zweifelhafter Nachrichten in sozialen Netzwerken als "verdächtig".

Zwölf Prozent halten dieses Vorgehen für ungeeignet. Die Befragten konnten laut YouGov ihre Bewertung auf einer Skala von eins ("sehr geeignet") bis sechs ("absolut ungeeignet") abgeben. Dabei ergeben die ersten drei Stufen insgesamt 88 Prozent. Die Markierung mutmaßlich gefälschter Nachrichten hatte der US-Internetkonzern Facebook am Sonntag mit Blick auf die Bundestagswahl angekündigt. Bisher sind nur verhältnismäßig wenig Deutsche mit Falschnachrichten konfrontiert gewesen. Laut der Erhebung bejahten 34 Prozent die Frage, ob sie schon mit Fake News in Berührung gekommen seien. 48 Prozent erklärten, das sei ihnen noch nie passiert; 18 Prozent machten dazu keine Angaben. Auch nutzen nur wenige Deutsche soziale Medien als Nachrichten-Informationsquelle. Die Mehrheit präferiert traditionelle Medien wie TV (80 Prozent), Radio (59 Prozent), aber auch Printprodukte (42 Prozent) oder Online-Nachrichtenseiten (53 Prozent). Weniger als ein Drittel (31 Prozent) der Deutschen gibt an, sich regelmäßig in sozialen Netzwerken über tagesaktuelle Geschehnisse auf dem Laufenden zu halten. Das angekündigte härtere Vorgehen der Bundesregierung gegen Unwahrheiten, Beleidigungen und Hasskommentare in sozialen Netzwerken stößt beim Eco-Verband jedoch auf Skepsis – insbesondere, dass Netzwerke unter Androhung von Bußgeldern verpflichtet werden sollen, innerhalb von 24 Stunden auf Beschwerden zu reagieren. "Die Entscheidung über das Löschen fraglicher Inhalte muss sich in erster Linie am Grundsatz juristisch gründlicher Prüfung und nicht an gesetzlich vorgeschriebenen Zeitfenstern orientieren", sagte Eco-Vorstand Oliver Sume der Zeitung. "Sollte dieses gesetzliche Zeitfenster kommen, haben wir bald eine wahllose Löschkultur im Internet, weil Unternehmen dann nicht mehr gründlich prüfen, sondern im Zweifel löschen, um die gesetzlichen Auflagen zu erfüllen", warnte Sume.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-84040/umfrage-mehrheit-befuerwortet-massnahmen-gegen-fake-news.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619